



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied des Thüringer Landtags, Parlamentarische Geschäftsführerin  
Sprecherin für Bildung, Verbraucherschutz und Justiz, Aufarbeitung,  
Religion, Frauen und Gleichstellung, Migration und Flucht

Erfurt/Weimar, 18. Dezember 2015

### **Liebe Freundinnen und Freunde!**

Ich wünsche Euch allen von ganzem Herzen die notwendige Ruhe und Gelegenheit, um Kraft zu tanken, für die da zu sein, die uns im Alltag Halt geben, Zeit, zurück- und nach vorn zu schauen und Mut und Zuversicht auch für das neue und hoffentlich friedvollere Jahr. Frohe Weihnachten!

Angesichts der vielen Menschen, die gezwungen sind, aus ihrer Heimat zu fliehen, hoffe ich auf Mitmenschlichkeit und Respekt und darauf, dass wir unsere Herzen und Strukturen für sie öffnen.

Danke allen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, die unterstützen, die zuhören und die auch Widerspruch wagen, gegen Kälte und Rassismus in unserem Land, die sich der Hetze entgegenstellen und laut und deutlich dazu NEIN sagen. Gerade jetzt, in der Adventszeit, frage ich mich immer wieder, wie es wohl Maria und Josef heute hier bei uns ergehen würde. Würde ihnen unser Land Asyl gewähren?

Ich bin ja selten sprachlos. Aber mit der AfD sind völkischer Rassismus und gefährlicher Nationalismus ganz unverblümt auch im Thüringer Landtag angekommen und werden Woche für Woche auch auf die Straßen getragen – wie gut, dass sich die Kirche entschlossen hat, dafür auf dem Domplatz in Erfurt keine Kulisse zu bieten. Nicht zuletzt der Umgang von Brandredner Höcke, der bei der Debatte zum Thüringenmonitor auf seinen Holzofen verwies und beim sog. Institut für Staatswissenschaft unverhohlen an die menschenverachtende Rassenideologie der Nazis anknüpfte, macht deutlich, mit wem wir es zu tun haben. Und hier gilt: Keine Toleranz für Intoleranz – Nächstenliebe verlangt Klarheit. Das kostet Kraft, tut aber Not – das sind wir der Menschlichkeit schuldig.

Umso mehr schmerzt es, dass die Brandreden längst zu Brandsätzen wurden. Auch in Thüringen wurden und werden immer wieder Unterkünfte von Flüchtlingen angezündet oder angegriffen – ich nenne hier beispielhaft Friemar, Altenburg und Roßleben. Meines Erachtens ist es unsere Pflicht, den Opfern derartiger Übergriffe ein sicheres Bleiberecht zu gewähren – auch dafür streite ich. Und ich sehe uns in einer besonderen Verantwortung auch und gerade gegenüber den Roma – den oftmals Ärmsten der Armen. Ob und wie es gelingen kann, diesen Menschen dauerhaft Schutz zu gewähren – auch das ist eine große Aufgabe für das neue Jahr.

## THEMEN:

- 1) Aktuelles aus dem Landtag (Plenarsitzungen August-November)
- 2) Kurz berichtet / Aktuelle Anfragen im Landtag
- 3) Aus dem Erfurter Stadtrat
- 4) Vorschau und Termine

### **1) Aktuelles aus dem Landtag**

#### **Die Plenarsitzungen von August bis November**



Normalerweise findet die erste Plenarsitzung nach der Sommerpause erst im September statt. Allerdings hatte die CDU eine Sondersitzung zur Asyl- und Flüchtlingspolitik im Freistaat verlangt. Diese fand am 24. August statt und lief eigentlich genauso ab, wie wir es befürchtet hatten. Aus Sicht der CDU macht die Landesregierung und insbesondere unser Minister alles falsch. Mangelhafte Information an betroffene Kommunen und Landkreise war noch der mildeste Vorwurf. Vor dem Hintergrund einer bundesweit beängstigenden Zunahme von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte haben wir klargestellt, dass wir froh sind, eine solche Regierung zu haben, die zügig Maßnahmen ergriffen hat, um alle Flüchtlinge nicht nur menschenwürdig unterzubringen, sondern – und dies in krassem Gegensatz zur vorigen Landesregierung, siehe das Beispiel Erstaufnahme in Suhl – mit einer offenen Informationspolitik verbindet.

Meine Rede zu „Stand und Perspektiven der Stand und Perspektiven der Asyl- und Flüchtlingspolitik im Freistaat Thüringen“ findet Ihr hier: [gruenlink.de/12f7](https://gruenlink.de/12f7)



Was sollen denn sichere Herkunftsstaaten sein? Wir lehnen dieses ideologische Konstrukt „sicherer Herkunftsstaat“ aus prinzipiellen Erwägungen ab! Niemand flieht doch freiwillig aus seiner Heimat. Das deutsche Asylrecht hat nicht umsonst seinen historischen Hintergrund in der NS-Zeit. Und sind nicht auch aus der DDR viele Bürger\*innen geflohen, weil sie die Diktatur nicht mehr ertragen konnten? Dies würde heute als politischer Fluchtgrund gewertet – und damit wohl zu einer Ablehnung

des Asylantrages führen.

Mit der Koalitionsmehrheit wurde nach heftigen Debatten der rot-rot-grüne Antrag angenommen, Anträge der beiden anderen Fraktionen abgelehnt.

### **Septemberplenium**

Die Septembersitzungen des Landtages fanden dann vom 9. bis 11. September statt. Wie stets begannen diese mit der Aktuellen Stunde, unser Thema war „Freiheit statt Angst – Bürgerrechte und Datenschutz in Thüringen stärken“. Weitere Themen waren die Ausbildungssituation in Thüringen und die Brandanschläge auf die geplanten Flüchtlingsunterkünfte in Rockensußra.

Letzteres war auch mein Punkt in der Fragestunde. Dort hatte ich nach rassistischen Übergriffen und Gewalttaten gegenüber Flüchtlingsunterkünften und Asylsuchenden in Thüringen gefragt. Die Antwort darauf sende ich Euch gern zu.

Der Donnerstag stand zunächst im Zeichen von Wahlen, u.a. von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes, aus unserer Sicht war vor allem die zweite und abschließende Lesung der Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft bedeutend. Der Antrag der Landesregierung setzt

nicht nur den Koalitionsvertrag sondern auch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes zu einer besseren Ausstattung der nichtstaatlichen Schulen um. Erstmals gibt es einen verlässlichen und damit planbaren finanziellen Rahmen mit jährlicher Anpassung um 1,9%. Die Höhe der jährlichen Erhöhung haben wir in mehreren teils zähen Verhandlungsrunden in der Koalition erungen. Hier standen wir auch im Wort. Zu meiner Rede zum mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommenen Gesetz kommt ihr mit diesem Link: [gruenlink.de/12fh](http://gruenlink.de/12fh).



Vom Landtag angenommen wurden weiterhin Gesetze zur Umsetzung der Novelle des Bundesmeldegesetzes, zur Besoldung der Landesbeamten (Nachvollziehung der Tariferhöhungen bei den Angestellten) und zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages (zum MDR). Die Stärkung des MDR-Standortes Erfurt war Inhalt eines Antrages von r2g, wir haben die Landesregierung beauftragt, hier klar Position zu beziehen und der systematischen Benachteiligung Thüringens entgegen zu wirken.

### **Das nächste Plenum fand bereits vom 30. September bis 2. Oktober statt**

Für die aktuelle Stunde hatten wir das Thema Zahngesundheit in den Landtag gebracht, Babett sprach dazu. Zum auf Antrag der CDU debattierten Thema „Positionierung der Thüringer Landesregierung zu der von der Bundesregierung vorgelegten umfassenden Reform des Asylrechts“ gab es den intensiven Austausch, der erwartet werden musste. Ich durfte hier für die Fraktion reden – meinen Beitrag findet Ihr bei Interesse hier: [gruenlink/12fi](http://gruenlink/12fi).



Der Donnerstagvormittag stand im Zeichen des geplanten Doppelhaushaltes 2016/17 und Begleitgesetzen. Der Haushalt wurde von der Landesregierung eingebracht und in die Ausschüsse zur Beratung verwiesen. Traditionell findet dazu eine große Debatte statt. Ebenso eingebracht und in die Ausschüsse verwiesen wurde das Gesetz zur Novellierung des Kommunalen Finanzausgleichs und jenes zur Höhe der Grunderwerbssteuer.

Beraten wurden in erster Lesung Gesetzentwürfe unserer Koalition zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes sowie zur Errichtung eines Fonds zur Förderung des Städte- und Wohnungsbaus.

Am Freitag standen zwei Themen im Fokus der Sitzung: Die Regierungserklärung des Innenministers zum kommunalen Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ und das Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes der Koalition.

Das Leitbild wurde im Landtag erstmals öffentlich vorgestellt, und danach in 5 Regionalkonferenzen im Lande, u.a. in Saalfeld, Gera und Gotha diskutiert, es ist der erste Schritt zu einer Verwaltungs- und Gebietsreform, die wir durchführen wollen.

Zur Änderung des Feiertagsgesetzes habe ich gesprochen. Bei Interesse könnt ihr dies über diesen Link: [gruenlink.de/12fj](http://gruenlink.de/12fj) nachschauen. Es ging uns um die Einführung eines Gedenktages am 8. Mai als Tag der Befreiung. Damit haben wir nachvollzogen, was z.B. in Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern seit vielen Jahren praktiziert wird. Trotzdem entspann sich eine angeregte Debatte im Landtag, so lehnten CDU und AfD diesen Tag als Gedenktag ab und brachten stattdessen weitere Tage in die Debatte ein. Wir sind hier aufgeschlossen und wollen Anfang 2016 überlegen, welche Tage wir -r2g- als Gedenktage begehen wollen und einen entsprechenden Gesetzesvorschlag erarbeiten. Es sollten allerdings Tage sein, mit denen die Menschen auch etwas verbinden.

## Erstes Novemberplenium

Vom 4. - 6. November fanden die nächsten Plenarsitzungen des Landtages statt. Wie immer ging es mittwochs kurz nach 14 Uhr mit der Aktuellen Stunde los. Auf unseren Antrag hin ging es um die Anbindung an den öffentlichen Fernverkehr der Bahn, um die „Sicherung des Hochwasserschutzes der Saalekaskade beim geplanten Verkauf durch Vattenfall“ ging es der SPD, „Vier Jahre danach – Schlussfolgerungen aus dem NSU-Skandal in Thüringen konsequent umsetzen?“ brachten die Linken ein, die CDU thematisierten den Wegfall der Brenntage im Herbst als Schwächung der Kleingärtner in Thüringen.

Auf Antrag der Landesregierung wurde eine Entfristung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes im Landtag beschlossen – die Novellierung desselben haben wir uns für das nächste Jahr vorgenommen und sind dazu auch im engen Austausch mit den Trägern der Erwachsenenbildung.

Die Inszenierungen der AfD rund um die Wahl des Richterwahlausschusses wurden durch die Wahl eines Mitgliedes der dieser Fraktion in den Ausschuss endlich beendet – wichtiger war uns, das Gremium endlich arbeitsfähig zu machen und der AfD die Plattform für ihre unwürdigen Vorführungen zu nehmen.



Am Donnerstag wurde über zahlreiche und ganz verschiedene Gesetzentwürfe beraten: So wurde ein Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtes (zu Abstandsflächen bei Dämmung der Häuser) angesprochen, ein Antrag der CDU zu mehreren weiteren Gedenktagen wurde in die Ausschüsse verwiesen, die Anpassung der Beamtenbesoldung wurde beschlossen. Rot-rot-grün will auch die Vergütung der RechtsreferendarInnen gesetzlich verändern: Thüringen liegt bisher mit Abstand an der Spitze, wir wollen das auf einen bundesweiten Mittelwert ändern.

Mehrere Anträge von rot-rot-grün, meist mit Aufträgen an die Landesregierung, wurden auf der Plenarsitzung angenommen, so z.B. den neuen Strommarkt im Thüringer Interesse zu gestalten, den Radverkehr planvoll und zielstrebig zu verbessern, den Freifunk in Thüringen und den Wassertourismus zu stärken bzw. zu entwickeln. Der Landtag beschloss ebenso einen Antrag, der für eine demokratische Hochschulreform einen breiten Dialog anstoßen will.

Die CDU beklagte mit einem Antrag einen angeblichen „Maulkorberlass“ zur Einschüchterung von Bürgermeister, Landräten und Gemeinschaftsvorsitzenden. Dirk Adams wies in seinem Beitrag dazu diesen Vorwurf der Union zurück.

Mit einem weiteren Antrag wollte die Union angebliche „Informationsdefizite der Landesregierung bei der Unterbringung von Flüchtlingen beseitigen“. Ja - wie hätten wir es denn gern, liebe Kolleg\*innen der CDU-Fraktion? Während die letzte Landesregierung in einer Nacht- und Nebelaktion mehrere Blöcke in Suhl als Erstaufnahmeeinrichtung eröffnete, hat die rot-rot-grüne Regierung vorher detailliert informiert. So war der zuständige grüne Minister z.B. mehrfach in Gera-Liebschwitz oder beim Geraer Stadtrat, um über die dort geplanten Einrichtungen zu informieren (Bild oben: ehem. Wismut-Krankenhaus), Wochen, teilweise Monate vor dem Bezug. Ich durfte in der Debatte für unsere grüne Fraktion reden, ihr findet meinen Beitrag hier: [gruenlink.de/12g0](https://gruenlink.de/12g0).



Am Ende der emotionalen und auch nicht ganz ehrlichen Debatte, wurde der Antrag entschlossen mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

## Zweites Novemberplenium

Bereits drei Wochen später trat der Landtag zu einer weiteren Plenartagung zusammen. Auf unseren Vorschlag ging es bei der Aktuellen Stunde u. a. um die 21. UN-Klimakonferenz in Paris, während die AfD versuchte, die Terroranschläge im selben Ort für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.



Mit gemischten Gefühlen gingen die Abstimmungen zu den beiden anderen Tagesordnungspunkten des ersten Plenartages für rot-rot-grün aus. Wir wollten das Wählen ab 16 Jahren ermöglichen. Das Wahlalter für die Landtagswahlen ist aber in der Verfassung geregelt – aufgrund der Ablehnung durch CDU und AfD scheiterte die Änderung hier an der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Anders für die Kommunalwahlen – hier ist das Wahlalter durch ein einfaches Gesetz geregelt. Mit der notwendigen Stimmenmehrheit von rot-rot-grün haben wir ermöglicht, dass bei den nächsten Kommunalwahlen 2019 bereits 16-Jährige ein Wahlrecht haben. Diesen Punkt des Koalitionsvertrages haben wir damit erfolgreich umgesetzt.

Seit Jahren steht die Novembersitzung unter dem Zeichen der Debatte des aktuellen Thüringen-Monitors. Ihr findet ihn hier: [gruenlink.de/12g4](http://gruenlink.de/12g4). Die Zahlen sind im wesentlichen ähnlich denen der Vorjahre, soweit ähnliche Komplexe abgefragt wurden, manches ist damit ebenso erschreckend wie in den Vorjahren. Einige Beispiele:

- 21% der Thüringer\*innen (v. a. ältere und schlecht gebildete) sind der Meinung, dass AusländerInnen grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen sollten. 76% lehnen diese Aussage ab.
- 39% der Thüringer\*innen stimmen der Aussage zu, dass AusländerInnen nur herkommen, um den Sozialstaat auszunutzen. 57% lehnen diese Aussage ab.
- 50% der Thüringer\*innen meinen, die BRD ist durch die vielen Ausländer\*innen in einem gefährlichen Maß überfremdet und 13% der Thüringer\*innen meinen, die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.
- 53% der Thüringer\*innen meinen, dass sich Langzeitarbeitslose

- auf Kosten der Anderen ein schönes Leben machen. 42% lehnen diese Aussage ab.
- 55% der Thüringer\*innen hätten nichts dagegen, wenn eine Asylunterkunft in ihrer Nachbarschaft entsteht. 41% lehnen dies ab.
- 46% sind der Auffassung, dass Asylsuchende nicht wirklich befürchten müssen, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden. 65% lehnen eine großzügigere Prüfung von Asylanträgen ab. 28% befürworten dies.
- 72% sind der Auffassung, dass die eingetragene Partnerschaft der Ehe völlig gleichgestellt werden sollte, mit allen Rechten und Pflichten. 25% lehnen dies ab.
- 85% lehnen die Aussage ab,

- dass sich Frauen wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen sollten.
- 3% der Befragten stufen sich politisch als ganz rechts, 15% etwas rechts, 27% in der Mitte, 34% etwas links und 14% ganz links.
- 40% der Befragten sind der Auffassung, dass das heutige Bildungswesen sich verbessert hat. 51% sind gegenteiliger Meinung.
- 72% der Thüringer\*innen halten eine Steigerung der Qualität in den Kitas für wichtiger als ein beitragsfreies Kitajahr – umgekehrt sind es 15%.

### POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2015

Der Ministerpräsident nutzt den Monitor traditionell zu einer Regierungserklärung, die Opposition hält ebenso traditionell dagegen. Was aber in diesem Jahre neu und skandalös war, war das Auftreten der rechtspopulistischen und rassistischen AfD. Deren Vorsitzender Höcke deutete die Verbrennung des Werkes an – er habe zu Hause einen Ofen - sein Kollege Brandner hielt das für ganz normal und sprach den Verfassern von der FSU Jena jegliches wissenschaftliches Handwerk ab. Da hielt es mich nicht mehr auf dem Sitz und ich habe mich auch zu Wort gemeldet, den Beitrag könnt ihr hier nachschauen:

[gruenlink.de/12g8](http://gruenlink.de/12g8). Es ist leider widerlich, sich mit der billigen Hetze der sogenannten Alternative auseinanderzusetzen zu müssen, aber immer wieder notwendig. Allerdings müsste spätestens jetzt allen klar sein, in welche Tradition sich die AfD stellt.

Im Rahmen der anschließenden Fragestunde habe ich zur schulbezogenen Jugendarbeit zur Unterstützung der Flüchtlingsintegration die Landesregierung befragt – die Antwort könnt ihr gern bei mir abrufen.

Im Landtag beschlossen wurden u.a. Änderungsgesetze zum Rechnungshof, zum Abgeordnetengesetz (wegen des Wegfalls des Abgeordnetenhauses in Erfurt) sowie ein Antrag unserer Koalition zur Stärkung der Suchtprävention.

Zu begrüßen war, dass sich die CDU auch um die Abarbeitung der Vereinbarungen des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages bemüht. Sie hatte einen Antrag (nahezu wortgleich einem der Linken aus der 5. Legislatur) zur Einführung eines Schüler- und Auszubildendentickets eingebracht, den wir gern aufgegriffen haben. Meinen Redebeitrag dazu findet Ihr hier: [gruenlink.de/12ga](http://gruenlink.de/12ga).



Die Einführung eines Azubi-Tickets war schon in der letzten Legislatur Inhalt einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe. Eine grundsätzliche Einigung zur Einführung und zu Grundzügen eines Tickets, wie die Orientierung am Semesterticket für Studierende, waren daher bei vier Fraktionen schon geklärt.

Abgelehnt wurden dagegen Anträge von AfD und CDU zu Beschränkungen im Asylrecht oder des Zuzuges von Flüchtlingen.

## **Letztes Plenum des Jahres vom 16. - 18. Dezember**

In der Aktuellen Stunde wurde auf unsere Anregung der Punkt „Grundwasser in Not – Werraregion in Thüringen schützen“ diskutiert. Der Anlass, die Kali und Salz AG will weiter stark salzhaltiges Abwasser in den Boden verpressen, liegt auf der Hand.

## **Landeshaushaltsplan 2016 / 2017**

Haushaltsentwurf  
Gesamtplan

Das letzte Plenum dieses Jahres stand im Zeichen des geplanten Doppelhaushaltes 2016/17 und der Begleitgesetze dazu wie zum Kommunalen Finanzausgleich oder zur Höhe der Grunderwerbssteuer. Der Haushalt wurde im Herbst von der Landesregierung eingebracht und in die Ausschüsse zur Beratung verwiesen.

Traditionell findet im Plenum dazu eine große Debatte statt – generell und zu den einzelnen Fachthemen. Schließlich ist ein Haushalt in Zahlen dargestelltes Regierungshandeln. Bemerkenswert war es also, dass

von der größten Oppositionsfraktion, der CDU, nicht ein einziger Änderungsantrag zum Haushalt kam. Ist das pure Faulheit und Arbeitsverweigerung oder Anerkennung unserer guten Arbeit?

### *Schwerpunkte des Doppelhaushaltes 2016/2017 – Bildung und Jugend*

Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt für Jahre 2016/2017 legen wir im Einzelplan 04 die finanziellen Grundlagen dafür, dass sich unser Thüringer Bildungswesen über alle Bildungsbereiche hinweg in den

nächsten zwei Jahren weiter positiv entwickeln kann.

So stärken wir die frühkindliche Bildung durch die Erhöhung der Pauschalen für Kindertagesbetreuung und der Stundensätze in der Kindertagespflege. Im schulischen Bereich verbessern wir konsequent die Personalsituation an den Schulen. So werden in den kommenden zwei Jahren 1450 Lehrkräfte neu eingestellt. Davon werden es allein für Deutsch als Zweitsprache 150 sein. Außerdem haben wir den Ansatz der Lernmittel um 500.000 Euro angehoben.

Der jugendpolitische Bereich ist vor allem durch die große Herausforderung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer\*innen geprägt. Diese werden wir im Rahmen der Jugendhilfe aufgenommen und betreut. Aktuell befinden sich ca. 1000 Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Familie zugewandert sind, in Thüringen. Für die Schaffung von Plätzen und für die Aufnahme stellen wir in den kommenden zwei Jahren mehr als 121 Mio. Euro zur Verfügung.

Auch erhöhen wir die Jugendpauschale bereits im Jahr 2016 um 1 Mio. Euro. Auch in der Erwachsenenbildung konnten wir mehr finanzielle Mittel zur Verfügung. Damit können die Volkshochschulen und freien Träger die kommenden zwei Jahre vernünftig planen.



#### *Schwerpunkte des Doppelhaushaltes 2016/2017 - Migration, Justiz und Verbraucherschutz*

Der Bereich Migration, Justiz und Verbraucherschutz ist stark durch den Bereich Asyl geprägt. So wirken sich die steigenden Zahlen von Geflüchteten entsprechend auf den Haushalt aus. Die Gesamtausgaben steigen von 436 Mio. € im Jahr 2015 auf mehr als 744 Mio. € in 2016 und auf etwa 900 Mio. € in 2017. Allein im Bereich Asyl steigen die Ausgaben von etwa 80 Mio. € in 2015 (Plan) auf ca. 380 Mio. € in 2016 und 515,5 Mio. € in 2017.

Seit dem 01. Januar 2015 sind in Thüringen etwa 26.000 Asylsuchende angekommen, deutschlandweit sind über 1 Mio. Menschen zu uns geflüchtet. Da Integration langfristig nur durch ausreichende Bildungsangebote, Förderung der Sprachkenntnisse, Bereitstellung von menschenwürdiger Unterkunft sowie Sicherstellung einer menschenwürdigen und erfolgreichen Arbeitsmarktintegration gelingt, stellen wir dafür die entsprechenden Mittel zur Verfügung.

Die Anzahl der Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen wurden verzehnfacht, die Kosten für die Aufnahme der Asylsuchenden in den Kommunen werden weiterhin in voller Höhe erstattet und die Sozialbetreuungspauschale wird auf 46 € je Monat zum 01.01.2016 angehoben. Für die Schaffung von Plätzen für Geflüchtete in Wohnungen stehen zukünftig zudem 1.000 €/Wohnung zur Verfügung.

Um die solidarische, ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Hilfe für Geflüchtete zu unterstützen, haben wir mit einem Änderungsantrag zum Haushalt die nötigen finanziellen Voraussetzungen für eine wirksame Ehrenamtskoordination geschaffen. Die Koordination soll in den kommenden zwei Jahren als Ansprechstelle des Landes für Kontaktvermittlung, Unterstützung und Beratung von Ehrenamtler\*innen in der Flüchtlingsarbeit fungieren und helfen, tragfähige Strukturen in den Kommunen aufzubauen.

Im Bereich der Justiz verbessern wir die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften bei den Verfahrensauslagen und erhöhen die Sicherheit in den Gerichten. Zudem wird ein Übergangsmanagement gestartet, das zur Entlassung anstehende Gefangene stärker unterstützen soll. Es wird in Sicherheitstechnik der Vollzugsanstalten investiert und eine vorsorgende Personalpolitik bei Richtern und

Staatsanwälten eingeführt. Für die Etablierung des elektronischen Rechtsverkehrs schaffen wir im Haushalt die nötigen Voraussetzungen.

Im Verbraucherschutz wird das Haushaltsvolumen leicht erhöht. Damit werden wir vor allem die Lohnkostensteigerungen finanziert. Durch unseren Änderungsantrag konnten wir eine bessere Ausstattung der Verbraucherinsolvenzberatungsstellen erreichen.

Am Donnerstag führte uns eine Demonstration von Somali vor dem Landtag deren schwierige Situation deutlich vor Augen. Sie haben derzeit keinen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt, die Bearbeitung der Anträge vom Bundesamt zieht sich teilweise über Jahre. Hier braucht es dringend Abhilfe, um den Betroffenen, die aus einem der gefährlichsten Länder der Welt kommen, endlich eine verlässliche Perspektive zu geben.

In den letzten Wochen kam es aufgrund der Asylrechtsverschärfungen im Bund auch zu Abschiebungen aus Thüringen. Wir setzen weiter auf eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik und freiwillige Ausreisen derer, die leider keinen Aufenthaltstitel bekommen. Ich bedauere ausdrücklich, dass es keinen erneuten Wintererlass gibt – ich hielte diesen für wichtig und richtig, auch wenn die Flüchtlingszahlen stark gestiegen sind. Es gibt jedoch die Zusage, dass zum einen über Weihnachten und Neujahr gar nicht abgeschoben wird und auch keine Umverteilungen in der Zeit stattfinden. Grundsätzlich will unsere Landesregierung zudem Maßgaben auf den Weg bringen, die sicherstellen, dass, wenn abgeschoben wird, das Kindeswohl im Mittelpunkt steht – dies verbietet Abschiebungen in der Nacht und aus der Schule. Das ist auch das Mindeste, was es hier zu tun gilt. Ich meine zudem, dass wir eine gesonderte Verständigung mit Blick auf den Umgang mit Angehörigen von Minderheiten, wie die Roma brauchen. Hier stehen wir gleichermaßen in einer historischen Verantwortung wie auch vor der Situation, dass diese oft zu den Ärmsten der Armen gehören und nahezu überall Diskriminierung erfahren.

Nachdem das Plenum am Donnerstag bis Mitternacht ging, sind zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Newsletters die Debatten gerade abgeschlossen.

Der Landeshaushalt für die Jahre 2016/17 mit den Begleitgesetzen wurde mit der Mehrheit von rot-rot-grün soeben beschlossen. Wir haben damit Planungssicherheit für alle Beteiligten für die nächsten zwei Jahre geschaffen. Die beschlossenen Pläne werden dann auf den Seiten des Thüringer Finanzministeriums veröffentlicht werden.

## 2) Kurz berichtet

- Wie erinnert man sich einer nicht mehr existenten Grenze? Diese Frage brachte meinen ehem. Landtagskollegen Carsten Meyer vor 6 Jahren auf die Idee der Grenzbefahrung. Seit diesem Jahr und in Kooperation mit unserer kommunalpolitischen Vereinigung DAKT leite ich nun diese mittlerweile schon zur Tradition gewordene Fahrradfahrt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Dieses Jahr führte uns die **GrenzerFAHRung** vom 14. - 16. August von Sonneberg über Effelder, Bad Rodach, Haubinda, Bedheim, Hildburghausen, Kloster Veßra nach Meiningen. Entlang der rund 145 Kilometer gab es auch auf der 6. Tour sehr viel zu sehen, zu entdecken, zu erfahren. Einige Impressionen gibt es hier:





[gruenlink.de/12iz](https://gruenlink.de/12iz). (Das umseitige Bild entstand unmittelbar vor dem Start noch am Landtag.)

- **Thüringen hilft Flüchtlingen** - und das fand auch ganz konkret im Landtag statt. Mitte September haben wir tagelang Kleidung, Schuhe und Hygienartikel sortiert, alles Spenden von Bürger\*innen für die Flüchtlinge, die in der Erfurter Messe untergebracht werden mussten. Nach den ersten 300 Umzugskisten haben wir aufgehört, zu zählen. Die Sammlung und Sortierung von Spenden beschäftigt uns weiter in Erfurt und vielen anderen Orten. Viele von uns Grünen sind dabei aktiv – Danke. (Bild vom letzten Tag der Sortierung im Landtag)
- Um der andauernden Hetze und den Demonstrationen der AfD und wei-



terer rechtsextremer Gruppierungen sowie sog. „besorgter BürgerInnen“ spürbar entgegen zu treten, gründete sich das **Bündnis Mitmenschlich in Thüringen**, dem neben mehr als 200 weiteren Organisationen, Gewerkschaften, der Wirtschaft, Kirchen, Religionsgemeinschaften etc. auch wir als Bündnisgrüne angehören. Die CDU hat sich dem demokratischen Schulterschluss leider verweigert. Ein eindrucksvolles Zeichen setzen konnte die gemeinsame Veranstaltung am 9. November auf dem Erfurter Domplatz. Wir werden allerdings auch weiterhin aktiv bleiben müssen.



- Zum Thema prekäre Beschäftigung von Frauen hatte mich die **grüne LAG Frauen** dank der Organisation von Christel Wagner-Schurwanz am 12. November in das Geraer Frauenzentrum eingeladen. Engagiert wurde dort mit interessierten Frauen anhand einer Präsentation von Frau Professor Maier-Gräwe diskutiert. Fakt ist, dass Einkommensarmut von Frauen sowohl gleichbedeutend mit Kinder- als auch mit Altersarmut ist. Auch dieses Thema wird uns im nächsten Jahr noch intensiv beschäftigen.

- Als Delegierte für Weimar durfte ich an der **Bundesdelegiertenkonferenz vom 20. -22. November in Halle** teilnehmen. Diese begann aus aktuellem Anlass mit einer Debatte zu den Anschlägen in Paris. Die Beschlussfassung dazu findet Ihr hier: [gruenlink.de/12iu](https://gruenlink.de/12iu).

Es folgte eine teils sehr kontrovers geführte Debatte zum Thema Asylrechtsverschärfung und Einwanderung, in der ich mich mit meiner Position auch deutlich zu Wort gemeldet habe. Ich bleibe dabei: Ich halte die Zustimmung zu dem sog. Asylpaket für falsch – noch fataler erscheint mir zudem das derzeit diskutierte sog. Asylpaket 2, welches aus meiner Sicht die Schädigkeitsspirale im Umgang mit dem Grundrecht auf Asyl noch weiter nach unten dreht.



Ich bin jedenfalls sehr froh, dass es aus Thüringen nicht zu einer Zustimmung gekommen ist. Meine Einschätzung zu den Asylrechtsverschärfungen steht hier: [gruenlink.de/12iw](https://gruenlink.de/12iw).

Mein Antrag, Flüchtlingen, die bei uns Opfer rassistischer Gewalt wurden, Schutz zu gewähren, wurde in einen Antrag des Bundesvorstands aufgenommen. Diesen findet Ihr hier: [gruenlink.de/12j3](https://gruenlink.de/12j3).

Bestimmend am Samstag waren die Neuwahl des Bundesvorstandes, welcher 1:1 der "Alte" ist und die Neuwahl des Parteirates. Für diesen hatte u. a. auch Madeleine kandidiert, die insbesondere die Ost- und R2G-Perspektive mit einbringen will. Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle zur Wahl an Madeleine! Thematisch spannend waren außerdem die Anträge rund um den Tierschutz und die Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr - beide Beschlüsse können sich - wie viele weitere - sehen lassen!

Aufregter Thema war die Debatte um geschlechtergerechte Sprache, um einen \* , der auch Menschen

bedenken will, die sich nicht auf ein Geschlecht festlegen wollen oder können.  
In Halle wurde übrigens nicht zufällig getagt: Wir drücken unseren Freund\*innen in Sachsen-Anhalt ganz fest die Daumen, wo im Frühjahr ein neuer Landtag gewählt wird.

## Aktuelle Anfragen im Landtag

... gern. auch zu den Themen, die Euch bewegen.

- Für die Kleine Anfrage zum aktuellen Stand der Personalentwicklung im Schulbereich in Thüringen liegt die Antwort schon vor und hier zum Herunterladen: [gruenlink.de/12j4](http://gruenlink.de/12j4)
- Zu den Aktivitäten der Landesregierung zur Freilassung des erkrankten Menschenrechtspreisträgers der Stadt Weimar 2013 aus der Haft in Mauretanien: [gruenlink.de/12j5](http://gruenlink.de/12j5)
- Warum gibt es keine Mietpreisbremse für Weimar ? : [gruenlink.de/12j6](http://gruenlink.de/12j6)
- Zur Bildungs- und Schulqualität in Thüringen, interne und externe schulische Evaluation in allen Schulen in Thüringen, ebenfalls noch ohne Antwort: [gruenlink.de/12j8](http://gruenlink.de/12j8)

## 3) Aus dem Erfurter Stadtrat



Im Erfurter Stadtrat beschäftigte uns ganz aktuell der Nachtragshaushalt und notwendige Stellenschaffungen, um das Wachsen unserer Stadt gut begleiten zu können. Wir verzeichnen nicht nur einen Anstieg der Flüchtlingszahlen - 10 Prozent aller Flüchtlinge, die nach Thüringen kommen, sind in Erfurt unterzubringen, sondern auch den weiteren Zuzug. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware – dies ist sicher auch der Problematik zuzuschreiben, dass sozialer

Wohnungsbau über viele Jahre vernachlässigt wurde. Als Vorsitzende des Sozialausschusses bin ich derzeit maßgeblich mit der Situation der Asylsuchenden, ihrer Unterbringung und sozialen Betreuung befasst – in der letzten Sitzung hatten wir deshalb alle Träger eingeladen, die in dem Bereich tätig sind, um zu erfahren, wo der Schuh drückt. So fehlt es allerorten insbesondere an Kitaplätzen aber auch an Fachpersonal, um die Menschen gut begleiten und unterstützen zu können.

Am 16. Dezember haben wir in einer Sitzung bis kurz vor Mitternacht im Erfurter Stadtrat beraten und schlussendlich auch die Mehrheit für unseren Alternativantrag zur Verwaltung bekommen, mit dem wir bedarfsgerecht aber nicht überdimensioniert 60 neue Stellen ermöglichen – vom Hausmeister in der GU, Bauplanung und Elektriker über die Sachbearbeitung in Bürger- und Sozialamt, die Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes, Sozialbetreuung, Vormundschaften für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge bis hin zu mehr Erzieher\*innen in den Horten.

Im Jugendhilfeausschuss beschäftigt uns mit Blick auf einen Start im Jahr 2016 ohne städtischen Haushalt derzeit insbesondere die Frage, wie wir die sog. freiwilligen Aufgaben trotzdem sicherstellen können, um dem Jugendförderplan Rechnung zu tragen. Als Fraktion streiten wir zudem weiter um Radwege und sind froh, dass die Bäume an der Krämerbrücke nun – Dank der BI und des Vergleichs vor Gericht – doch erhalten bleiben.

#### 4) Vorschau und Termine

- Die nächsten Plenarsitzungen des Landtages sind vom 27.-29. Januar 2016 geplant.
- Der Kreisverband Gera trifft sich wieder am 18. Januar, drei Tage zuvor weilt unsere Ministerin dort zu einem grünen Freitag. Die nächsten Mitgliederversammlungen in Weimar finden am 28. Januar und 3. März 2016 statt.
- Die Landtagsfraktion wird am 11. Januar schwer erreichbar sein – Im Rahmen der Jahresklausur werden wir unsere Schwerpunkte für 2016 abstecken.
- Regelmäßig, zweimonatlich, treffen wir uns übrigens mit den VertreterInnen der Jugendverbandsarbeit im Lande. Ihre Erfahrungen und Hinweise nehmen wir mit in die Ausschüsse, gern auch Eure Anregungen.

#### Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich wünsche Euch geruhsame Feiertage und einen guten Start in ein hoffentlich friedvolles und gutes neues Jahr. Vielleicht wird es ja auch noch richtig Winter.

*Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, lasst es mich wissen.*

*Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir – nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst - stets willkommen.*



Herzlich grüßt Euch Eure

*Astrid Rothe-Beinlich*

*Astrid Rothe-Beinlich*

---

#### Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenbüro in Weimar: Burgplatz 5, 99423 Weimar; T: +49(0)3643/ 9007850, F: +49(0)3643/ 493689,

Mail: [weimar@rothe-beinlich.de](mailto:weimar@rothe-beinlich.de)

Abgeordnetenbüro in Gera : Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/ 55 146 65,

Mail: [gera@rothe-beinlich.de](mailto:gera@rothe-beinlich.de)

Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709

Mail: [muehlhausen@rothe-beinlich.de](mailto:muehlhausen@rothe-beinlich.de)

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps

Bildquellen: Harry Weber/gruene.de (CC BY 3.0), erfurt.de, mitmenschlich-in-thueringen.de, Grüne Landtagsfraktion, Eigenes Archiv